

Pulsnitzer Tageblatt

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ersteinst an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Vorfahrung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 41 mm breite Zeitzeile (Drosse's Zeilenmesser 14) RM 0,25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0,20. Amtliche Zeile RM 0,75 und RM 0,60. Reklame RM 0,60. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zweiseitiger Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Kontursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgaßen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großhörsdorf, Bietnia, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Bichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albersstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 30

Sonnabend, den 4. Februar 1928

80. Jahrgang

Amttlicher Teil.

Für die Wahl der Versichertenvertreter des Ausschusses der Landesversicherungsanstalt Sachsen ist als Vorsteher für den Stimmbezirk des Versicherungsamtes der Amtshauptmannschaft Ramenz

Regierungsrat Dr. v. Carlowitz-Hartigisch

Amtshauptmannschaft Ramenz/Sa.

ernannt worden.

Ramenz, am 2. Februar 1928.

Die Amtshauptmannschaft — Versicherungsamt



Die Sächsische Landesbühne

spielt am 5., 8., 9. und 10. Februar im Schützenhaus Pulsnitz und bringt zur Aufführung:

- „Der Raub der Sabinerinnen“ am Sonntag, d. 5. Febr. um 1/2 8 Uhr
- „Rottkäppchen“ am Mittwoch, den 8. Februar um 3 Uhr nachm.
- „Sappho“ (Trauerspiel) am Mittwoch, den 8. Februar um 8 Uhr
- „Der Ehestreit“ am Donnerstag, den 9. Februar um 8 Uhr
- „Liebe und Trompetenblasen“ am Freitag, d. 10. Februar um 8 Uhr.

Der Vorverkauf für sämtliche Aufführungen befindet sich in den beiden Zigarrengeschäften der Fa. Bernhard Beyer, Ecke Hauptmarkt und Lange Straße, sowie Hauptstraße (am Wettinplatz) und beginnt am Montag, den 30. Januar 1928.

Der Vorverkauf für die am 5. Februar (Sonntag) stattfindende Vorstellung wird bereits Sonnabend abends 7 Uhr geschlossen. Vorverkaufseintrittskarten müssen daher bis zu diesem Zeitpunkt entnommen sein.

Die Blätter der Sächsischen Landesbühne mit den Theaterzetteln und literarischen Beiträgen erster Mitarbeiter zu den aufzuführenden Werken sind im Vorverkauf und an der Abendkasse zu haben. Preis je Heft 25 Pfg.

Preise der Plätze:

I. Im Vorverkauf:

- 1. Parkett (numeriert) RM 2.—
- 2. Parkett " 1,25
- Seitenparkett und Mittelgalerie " 0,60

II. An der Abendkasse:

- 1. Parkett (numeriert) RM 2,50
- 2. Parkett " 1,50
- Seitenparkett und Mittelgalerie " 0,75

Die Einwohnerschaft unserer Stadt und Umgebung wird um recht regen Besuch obiger Gastspiel-Vorstellungen der Sächsischen Landesbühne gebeten. Ist genügend Interesse vorhanden, hat der unterzeichnete Stadtrat die Mitgliedschaft bei der Sächsischen Landesbühne in Aussicht genommen, um dadurch für Pulsnitz pro Jahr 8 bis 12 Vorstellungen zu den obigen volkstümlichen Preisen zu sichern.

Der Rat der Stadt

Das Wichtigste

Reichsaußenminister Dr. Stresemann begibt sich am Montag zur völligen Genesung von seiner letzten Krankheit nach Cannes. Der Typhus im Hagener Stadteil Wehringhausen hat vorgestern ihr siebentes Opfer gefordert.

Ueber den Ardenennen und im Eisfeldgebiet wüthen heftige Schneefürme, die durch ihr plötzliches Auftreten große Verkehrsstörungen hervorrufen.

Nach Berliner Blättermeldungen aus Athen, hat der Konflikt zwischen dem Kabinett und dem Landwirtschaftsminister Papanaftasiu wegen der geplanten Straßenbauten zum Rücktritt der Regierung geführt.

Die Bekämpfer Regierung beklagt sich über die schlechte Behandlung chinesischer Studenten in Russland. Sie hat an alle Studenten die Aufforderung gerichtet, Russland zu verlassen und nach China zurückzukehren.

Vertikale und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Der ärztliche Sonntagsdienst wird Sonntag, den 5. Februar 1928 von Herrn Dr. med) Hause versehen.

Pulsnitz. (Volksbildungsverein) Nächsten Montag (8 Uhr, Schule) spricht Herr Amtsgerichtsrat Dr. Eichner im Volksbildungsverein über Rechtsfragen aus dem täglichen Leben. Das Bürgerliche Gesetzbuch mitzubringen, ist nicht nötig, wird aber empfohlen.

— (Neuer Lehrgang der Sächsischen Bauernhochschule.) Der nächste Jungmännerlehrgang der Sächsischen Bauernhochschule im Jagdschloß Grillenburg bei Klingenberg, Bez. Dresden, beginnt am Montag, den 13. Februar, und endet am Freitag, den 9. März. Anschließend daran findet ein Jungmädchenlehrgang vom 13. März bis 4. April statt. Anmeldungen an den Leiter Dr. Repler im Jagdschloß Grillenburg bei Klingenberg, Bez. Dresden.

— (Die Sonderzüge zum Deutschen Turnfest in Köln.) Die Kreispressstelle des Turnkreises Sachsen D. T. teilt uns amtlich mit: Die Vorbereitungen zu den Sonderzügen nach Köln werden wieder wie seinerzeit beim Deutschen Turnfest in München von der Kreisleitung aus erfolgen. Kreisleiterturnwart Glathe-Dresden ist mit den nötigen Vorarbeiten beauftragt. Zunächst sei folgendes mitgeteilt: 1. Es werden von der Reichsbahn grundsätzlich keine Sonderzugskarten mehr ausgegeben, die mehrere Wochen Gültigkeit haben und zur Rückfahrt mit einem fahrplanmäßigen Zuge berechtigen. Die für Sonderzugsfahrt ausgegebenen Fahrkarten haben also nur Gültigkeit für Sonderzüge. Rückfahrkarten werden nur ausgegeben, wenn durch genügende Teilnehmerzahl ein Sonderzug zur Rückfahrt sichergestellt ist. Da wohl die meisten Festteilnehmer unmittelbar nach dem Feste wieder zurückkehren

Raubmörder Hein gefasst!

Abrüstung in Norwegen

(Siehe Drahtbericht.)

Berlin, 4. Februar. Wie die Blätter aus Oslo melden, hat das Finanzministerium bestimmt, daß ab Montag keine Goldzollzuschläge mehr erhoben werden sollen. Zum Haushalt des Heeres und der Marine hat die Regierung eine Vorlage eingebracht, nach der alle regulären Übungen der Armee eingestellt und zwei während des Krieges errichtete Gardelompagnien in Oslo aufgelöst werden sollen. Es wird vorgeschlagen, die Marineübungen teils aufzuheben, teils auf das für den Sicherheitsdienst streng notwendige Maß zu beschränken. Man rechnet für das Heer mit einer Ersparnis von 4,5 Millionen, für die Marine mit einer solchen von 845 000 Kronen. Die Vorlage auf Kiellegung eines neuen Torpedojägers wird zurückgezogen.

Briands große außenpolitische Rede.

Paris. Briand hat vor dem französischen Senat seine große Rede über die französische Außenpolitik gehalten. Bei der Beurteilung der Rede Briands muß man vor allen Dingen sich vergegenwärtigen, daß sie unter dem Eindruck der kommenden Wahlen in Frankreich gehalten ist.

Die Rede liegt uns im genauen Wortlaut noch nicht vor. Möglich, daß einige Sätze anders gelaunt haben, als wir sie bisher lesen. Immerhin aber läßt sie erkennen, daß die Politik von Locarno und Thoiry von Frankreich nicht in dem Sinne fortgeführt wird, der nach deutscher Auffassung diesen Besprechungen zugrunde gelegen hat. Briand betonte, daß der Locarno-Vertrag kein Vertrag sei, der von den übrigen Nachkriegsverträgen zu trennen sei.

Er liege vielmehr im Rahmen des Versailler Vertrages. Vor allen Dingen enthalte er nur „Versprechungen“, aber „keine Gewissheiten“.

Briand sieht in der widerstandslosen Anwendung des Dawesplans und der Anerkennung des guten Willens Deutschlands durch die Reparationskommission Erfolge durch Locarno. Was die Rheinlandfrage anbetreffe, so sei sie abhängig von der Garantiefrage. Briand spricht diesen Satz aus, obwohl er später selbst in seiner Rede zugibt: „Wir haben am Rhein nichts zu fürchten.“ Wenn er sich schließlich darauf beruft, daß Frankreich bei aller Geneigtheit zur Verhandlung in der Rheinlandfrage nicht ohne Uebereinstimmung mit den anderen Alliierten handeln könne, so klingt das reichlich naiv, denn in London oder Washington wird man sich irgendwelchen Zugeständnissen Frankreichs in der Frage der Besatzungsverminderung kaum widersetzen. Billig unverständlich sind die

Ausführungen Briands über Thoiry. Er habe damals Herrn Stresemann gesagt: „Wir wollen unsere Anwesenheiten regeln, ohne dabei die Verträge zu

verlassen.“ Deutschland fordert eine vorzeitige Räumung. Gut, führen Sie die Entwaffnung durch und prüfen Sie die Mittel, die Ihnen eine frühere Zahlung der Reparation wird ermöglichen können.“ Stresemann soll ihm damals zugesagt haben, nach Rücksprache mit den deutschen Finanzfachverständigen ihm Vorschläge zu unterbreiten. Diese Vorschläge seien aber niemals erfolgt. Briand spielt hier auf die Frage der Mobilisierung der Eisenbahnobligationen an, und wirft damit wieder einen alten französischen Wunsch in die Debatte, aus der

Rheinlandfrage ein Geschäft

zu machen. Es scheint, als ob Briand auf dieser Grundlage bereit ist, weiter die Frage einer vorzeitigen Rheinlandräumung zu erörtern. Über derartige Verhandlungen werden, so erklärt der französische Außenminister, erst nach dem 25. April, d. h. nach den französischen Kammerwahlen in Gang kommen.

Dann aber kommt in den weiteren Ausführungen Briands ein Punkt, der neu ist und zu denken gibt. Er sagt da:

„Was die Sicherheit Frankreichs angeht, so bedeutet uns der Vertrag keine Garantie. Auch nach 1925 muß der Vertrag hinsichtlich der Entmilitarisierung der 50-Kilometerzone in Wirkung sein. Im Rahmen und im Schoße des Völkerbundes wird man die notwendigen Methoden finden können. Es handelt sich hierbei nicht um eine Kontrolle von Hunderten Kontrollbeamten.“

Mit diesen Ausführungen meint Briand, das Untersuchungsprotokoll vom Dezember 1926. Das Protokoll bestimmt, daß eine Untersuchung in irgendeinem Lande von Seiten des Völkerbundes „von Fall zu Fall“ gestattet sei. Man kann nun Briands Worte dahin auslegen, daß er zwar nach 1925 nicht an Hunderte von Kontrollbeamten denkt, sondern vielleicht nur an zehn oder zwanzig. Möglich aber auch, daß er sich auf den Standpunkt des Protokolls stellt und dem Völkerbund die Entscheidung über eine Kontrolle überläßt. Hier werden noch Klarheiten zu schaffen sein.

Es darf uns nicht imponieren, wenn Briand auf die kommenden Wahlen hinweist und mit einem deutschen Seitenhieb auf Deutschland erklärt, die Wahlen könnten ungeheure Folgen nach sich ziehen, und die Wähler müssten vollkommen aufgeklärt werden. Demgegenüber sei Herrn Briand gesagt, daß die deutschen Wahlen eine seine deutsche Angelegenheit sind, in die sich niemand hineinzuweisen hat.

Verknüpfung der Reparations- und Rheinlandfrage.

In den Kreisen des Berliner Auswärtigen Amtes erklärt man, daß eine Zusammenlegung der Reparationsfrage mit der Räumungsfrage auf der Basis eines Geschäftes nur unter

